



Landrat Walter  
Wilhelm-Keil-Str. 50  
72072 Tübingen

Vorsitzende  
Uta Schwarz-Österreicher, Aixer Straße 66, Tübingen

Stv. Vorsitzende:  
Dr. Daniela Harsch, Wennfelder Garten 10, 72072 Tübingen  
Dr. Hendrik Bednarz, Fleinerweg 5, 72116 Mössingen

Geschäftsführerin:  
Dr. Daniela Harsch, Wennfelder Garten 10, 72072 Tübingen

Weitere Fraktionsmitglieder:  
Florian Burkhardt,  
Daniela Diestel, Rathausstraße 9, 72810 Gomaringen  
Petra Kriegeskorte, Am Weiherrain 2, 72138 Kirchentellinsfurt  
Arno Valin, Wilhelm-Röntgen-Straße 38, 72116 Mössingen  
Dr. Andreas Weber, Isoldenstraße 4, 72072 Tübingen

## **Haushaltsrede 2023**

Sehr geehrter Herr Landrat Walter, liebe Kolleginnen und Kollegen,

von einem Haushalt unter Krisenbedingungen sprach ich im letzten Jahr zu diesem Anlass: Klimakrise, Coronakrise, Flüchtlingskrise. Eine dieser Krisen, die Coronakrise, hat sich glücklicher Weise zum fast normalen Erkrankungsrisiko zurückentwickelt. Und dennoch hat sich die Situation insgesamt erheblich zugespitzt: Putins Angriffskrieg auf die Ukraine, etwa 500 km von Deutschland entfernt, hat erhebliche Fluchtbewegungen ausgelöst. Die jetzigen Angriffe auf die Energieversorgung des Landes bringen nicht nur den Bewohnerinnen und Bewohnern unsägliches Leid, vielmehr ist damit zu rechnen, dass noch mehr Menschen ihr Land verlassen müssen, wenn sie überleben wollen. Dazu kommen Angriffe der Türkei auf das kurdische Gebiet in Syrien, und in Afghanistan setzen die radikalislamistischen Taliban die Scharia mit Auspeitschungen und Tötungen um. Auch aus diesen Staaten werden wieder mehr Menschen zu uns kommen, wenn es ihnen irgendwie gelingt, die Grenzen zu überwinden. Schon jetzt gibt es im Landkreis Tübingen mehr Geflüchtete als im Jahr 2015, und die Verwaltung rechnet mit Zuwächsen von 100 Geflüchteten pro Monat.

Aber nicht nur die Versorgung und Integration dieser Menschen fordert uns heraus: Infolge des Ukrainekrieges wurde die Energieversorgung unsicher. Um Engpässe abzufedern mussten, energiepolitische Kompromisse eingegangen werden, die uns in der Klimapolitik zurückwerfen, ja die Klimakrise zunächst verschärfen. Gleichzeitig steigen die Preise für Energie und Strom, steigen die Preise für Rohstoffe beim Bau, steigen die Personalkosten, fehlen uns Fachkräfte an allen Ecken und Enden und die Wartezeiten führen wieder zu Preiserhöhungen. Inzwischen spüren wir die Unsicherheit hautnah: Da gibt es Ratschläge, für den Notfall vorzusorgen, mit Gaskochern für den Innenraum, Kerzen und Lebensmitteln auf Vorrat. Wir wissen nicht, wie sich die Preise entwickeln, wie genau welche Entlastungspakete von Bund und Land wirken, wer in Not geraten könnte und wo genau unsere Hilfe ansetzen müsste. Wir haben also

einen Haushalt in Zeiten abnehmender Stabilität und zunehmender Unsicherheit zu verabschieden.

Trotzdem ist richtig: Alles in allem leben wir, jedenfalls jetzt noch, in relativ stabilen Verhältnissen. Das Jahr 2021 hat dem Kreishaushalt noch ein kleines Plus von ca. 4 Millionen Euro eingebracht, und es ist damit zu rechnen, dass auch das für das Jahr 2022 geplante Defizit von 7,6 Millionen Euro unterschritten wird.

Was heißt also dieses Spannungsfeld von steigender Unsicherheit und relativer Stabilität für den Haushalt 2023?

Ich habe versucht, unsere Überlegungen in 4 Leitgedanken zusammenzufassen:

**Der erste ist: Wir sollten den guten Standard unserer Sozialleistungen erhalten, aber zurückhaltend mit neuen Projekten sein, die nicht unmittelbar notwendig sind.**

Das klingt harmlos, hat es aber in sich. Denn die Steigerung von Fallzahlen, die steigenden Personal- und Sachkosten auch bei freien Trägern, ein steigender Hilfebedarf haben zur Folge, dass die Kosten der Jugendhilfe und der Hilfen für Menschen mit Behinderungen bei gleichen Standards erheblich steigen. So steigen die Aufwendungen für die Jugendhilfe von 2022 auf 2023 um 5,8 Millionen oder um 16,7%. Und das ist bei weitem kein Tübinger Phänomen. Im interkommunalen Vergleich von Baden-Württemberg liegen die Tübinger Kosten immer noch (Zahlen 2021) unter dem Durchschnitt Baden-Württembergs.

Ebenfalls um ca. 16% steigen von 2022 auf 2023 die Transferausgaben für Menschen mit Behinderungen, von ca. 50 Millionen auf 58 Mio. Sicherlich war es eine Illusion des Gesetzgebers zu hoffen, den demografisch bedingten Ausgabenanstieg bei der Eingliederungshilfe durch das Bundesteilhabegesetz bremsen zu können. Das Gesetz ist aber auch nicht ursächlich für die Steigerungen verantwortlich. Für die Steigerung der Ausgaben, das müssen wir uns vor Augen führen, sind in erster Linie demografische Entwicklungen, Steigerungen von Personal- und Sachkosten und ein höherer Betreuungsaufwand verantwortlich und nicht das Gesetz selbst; dessen Anliegen, größere Selbstbestimmung und mehr Teilhabe, sind außerordentlich wichtig und nur zu begrüßen.

Weitere Projekte, die man nicht auf die lange Bank schieben sollte, könnten auch auf uns zukommen. So sind die Jugendhilfeträger, was die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen angeht (UMAs), am Ende ihrer Kapazitäten angelangt. Hier müssen wir Lösungen finden, die dem Recht auch dieser Jugendlichen auf Jugendhilfe entsprechen. Die Anmietung eines Gebäudes etwa, das für ein Jugendwohnheim geeignet wäre, mit Begleitung durch einen der Jugendhilfeträger könnte eine solche Lösung sein.

Und ich erinnere an die dringend notwendige Jugendhilfeeinrichtung mit intensivtherapeutischer Begleitung, die in Kooperation mit der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie auf den Weg gebracht werden sollte. Lange haben wir nichts mehr darüber gehört. Wir würden uns sehr freuen, wenn beide Themen im nächsten Jahr auf der Tagesordnung stehen würden.

**Leitgedanke 2: Es ist absehbar, dass die Zahl der Geflüchteten im Kreis Tübingen auch im nächsten Jahr ansteigen wird. Mehraufwendungen zur Integration sind in diesem Bereich sowohl innerhalb der Verwaltung als auch bei freige-meinnützigen Trägern erforderlich.**

Die Verwaltung hat im Jahr 2022 mit der Schaffung von insgesamt 22,5 Stellen in den unterschiedlichsten Verwaltungseinheiten auf die steigenden Flüchtlingszahlen reagiert. Mit diesem Haushaltsplanentwurf schlägt sie vor, umgerechnet 16 Vollzeitstellen zu entfristen. Beide Maßnahmen begrüßen wir ausdrücklich.

Flüchtlingsarbeit ist aber zudem auf Begleitung durch Ehrenamt und Beratungsstellen in freier Trägerschaft angewiesen. Ehrenamtliche Arbeit bedarf, wenn sie verstetigt werden soll, hauptamtlicher Unterstützung. **Wir übernehmen deshalb den Antrag des Projektes Plan B, und zwar mit einem Betrag von 20.000 Euro.** Ziel ist es, die bisher ganz überwiegend ehrenamtlich geleistete Arbeit in bescheidenem Maße zu professionalisieren. Unserer Einschätzung nach benötigt der Verein diese professionelle Unterstützung dringend, um die Arbeit weiter leisten zu können und kann nicht auf das nächste Jahr warten. Deshalb gehen wir von dem Grundsatz ab, innerhalb der Förderperiode von drei Jahren kein neues Projekt in die Förderung aufzunehmen. Der gegenüber dem Antrag etwas abgesenkte Betrag soll dem Übergang in die nächste Förderperiode gerecht werden. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung – wie beim Thema Gewaltschutz – die beteiligten Akteure dabei unterstützt, die Zusammenarbeit sinnvoll zu koordinieren und Parallelstrukturen zu vermeiden. Außerdem ist es wahrscheinlich sinnvoll, dieses Projekt in den nötigen Abgleich der Finanzierungszuständigkeit von Stadt und Landkreis einzubeziehen. Dennoch: Die Arbeit fällt jetzt an. Wir appellieren an die anderen Fraktionen, diesem Antrag zuzustimmen. Bei der Begleitung der Geflüchteten können wir alle Ressourcen gebrauchen.

In engem Zusammenhang mit der Integrationsarbeit sehen wir auch die Förderung der Antidiskriminierungsarbeit im Kreis Tübingen von ADIS. Zwar hat ADIS ein weiteres Wirkungsfeld, Diskriminierungen können sich an allen möglichen Unterschieden zum anscheinend Normalen festmachen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind aber leider häufig betroffen. Uns ist es wichtig, dass die kommunale Kofinanzierung dieses Projektes weiter gesichert ist, die es ADIS ermöglicht, in erheblichen Ausmaß Landesmittel zu erhalten. **10.000 Euro hat der Landkreis Tübingen dazu in den vergangenen zwei Jahren beigetragen. Diese hat ADIS erneut beantragt und wir haben, wie andere auch, diesen Antrag übernommen.** Auch hier erbitten wir die Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen.

### **Leitgedanke 3: Bei den Zukunftsthemen nachhaltige Mobilität und Klimaschutz müssen wir vorankommen**

Trotz aller Vorsicht bei langfristigen Haushaltsverpflichtungen: Zur Verbesserung des Klimaschutzes gibt es keine Alternative. Einer der wichtigsten Bausteine für den Klimaschutz ist das Gelingen der Verkehrswende. Für eine bessere Akzeptanz des ÖPNV sind zwei Faktoren zentral: geringe Kosten und gute Taktung.

Was die Kosten angeht steht jetzt schon fest, dass wir weitere Entlastungsschritte gehen können. Das landesweite Jugendticket soll zum 1. März kommen und damit wird hoffentlich Realität, was wir bereits zum letzten Haushalt beantragt hatten: Eine Absenkung der monatlichen Eigenanteile auf ca. 30 Euro. Und wir hoffen, dass das 49-Euro-Deutschlandticket möglichst schnell eingeführt wird.

Für Familien mit geringem Einkommen sind diese Preise immer noch zu hoch. Ein kreisweites Sozialticket ist eins der wichtigsten Projekte, das sowohl dem Klimaschutz als auch der Armutsbekämpfung dient. Gerne haben wir uns deshalb dem Antrag der Grünen angeschlossen, der die Verwaltung beauftragt, hierfür ein Konzept zu erarbeiten. Das Ziel eines kostenfreien Wegs zur Schule haben wir nicht vergessen, wir

werden dieses Thema nach Vorliegen des Konzeptes erneut aufrufen.

Ein attraktives ÖPNV-Angebot für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises brauchen wir darüber hinaus, also ein enges Netz an Linien und häufige Fahrten. Die Aufgabe des nächsten Jahres wird es sein, die hoffentlich positiven Wirkungen der neuen Tickets zu beobachten und da wo es notwendig wird, die Taktung zu verbessern.

Bereits im letzten Haushalt haben wir ein umfangreiches Paket zum Klimaschutz schnüren können, mit dem die Klimaschutzplanung und das Umsetzen von Maßnahmen beschleunigt werden sollte. Nun ist es endlich gelungen, die dafür notwendige Stelle des Klimaschutzmanagers zu besetzen. Wir hoffen, dass nun schnell der umfassende Maßnahmenplan zu entwickelt wird und es gelingt, die bereits laufenden Aktivitäten sinnvoll zu bündeln und zusammenzuführen.

Auch die Agentur für Klimaschutz haben wir bereits im letzten Haushalt gestärkt. Wir freuen uns darüber, dass nun durch das Engagement der Stadtwerke die Beratungskapazitäten im nächsten Jahr noch weiter ausgebaut werden können. Besonders wichtig erscheint uns, dass Menschen mit geringem Einkommen einen niederschwelligen, einfachen Zugang zu Energieberatung erhalten. Diese Haushalte leiden besonders unter den gestiegenen Energiekosten und im schlimmsten Fall drohen Energiesperren oder Kündigungen. Unser Beitritt zu diesem Antrag der Fraktion der Bündnis90/Die Grünen ist in der Synopse der Anträge vom 09.12. leider nicht enthalten, wir haben unseren Beitritt der Verwaltung nachgemeldet.

Klimaschutz und Verkehrswende sind und bleiben Themen höchster Priorität. Das Erreichte müssen wir absichern. Finanzielle Spielräume, die sich ergeben, werden wir nutzen.

#### **Leitgedanke 4: In Zeiten wachsender Unsicherheit darf der Haushaltsplan kein Dogma sein, wir brauchen Flexibilität im Handeln.**

Wenn alles weniger planbar ist, muss sich das auch in der Handhabung des Haushaltsplans widerspiegeln. Man sieht es schon an der heutigen Tagesordnung des Kreistags: Sie enthält vier überplanmäßige Ausgaben. Und der VTKA hat dem Landrat weitreichende Vollmachten für die Anmietung von Räumen für die Flüchtlingsunterbringung erteilt. Sie enthalten Entscheidungen in Wertgrenzen, die eigentlich dem Rat vorbehalten sind. Das ist richtig so: Wenn die Entwicklungen weniger vorhersehbar sind, brauchen wir mehr Flexibilität im Handeln.

So ist auch unsere Antwort auf die Einrichtung eines Krisentopfes für Freiwilligeleistungen zu verstehen. Dazu liegt Ihnen ein gesonderter Antrag der SPD-Fraktion vor. Unsere Meinung ist: Natürlich müssen wir Vereinen helfen, die von uns unterstützt werden und in Not geraten. Allerdings haben wir Zweifel daran, dass ein Topf die beste Lösung ist. Er bindet Mittel in beträchtlichem Umfang, muss nach nachvollziehbaren Kriterien gerecht bewirtschaftet werden, und im schlechtesten Fall werden diese Kriterien dem Einzelfall dann doch nicht gerecht. Die Entscheidung im Einzelfall ist -so meinen wir - mit weniger Aufwand verbunden und im Zweifel passgenauer. Und weil vielleicht der Verdacht besteht, dass auf diese Weise doch nichts Hilfreiches passiert, haben wir einen Antrag zum Vorgehen eingebracht, der die Einzelfalllösung beschreibt und handhabbar macht: Anträge jederzeit möglich, schnelle Beratung im Ausschuss, Entscheidungen über überplanmäßige Ausgaben im Kreistag.

Wir hatten gehofft, dass es möglich wäre, diesen Antrag als weitergehenden Antrag

zuerst anzustimmen. Das ist nach Aussage des Landrats leider nicht möglich. Aber er wird als Alternative zum Krisentopf in der Abstimmung vorgezogen werden, denn als eine solche Alternative ist er gemeint. Und wir bitten alle Kreisrätinnen und Kreisräte noch einmal zu überdenken, ob die von uns skizzierte Lösung dem gemeinsamen Ziel nicht doch dienlicher sein könnte.

### **Was uns sonst noch wichtig ist: Die Kindertagespflege**

Als einzig neues Thema wollten wir innovative Wege in der Kindertagespflege in die Haushaltsdebatte einbringen. Dazu haben wir gemeinsam mit der Fraktion TÜL/Die Linke einen Antrag gestellt. Wir beauftragen darin die Verwaltung, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Empfehlungen zur Förderung der Kindertagespflege zu erarbeiten. Diese Empfehlungen sollen insbesondere auf die besonderen Erfordernisse der Tagespflege in anderen geeigneten Räumen eingehen. Und es soll geprüft werden, wo die Tagespflege auch eine Ergänzung zur Betreuung in Kitas darstellen kann. Wir leben in Zeiten, in denen der Personalmangel in den Betreuungseinrichtungen so angespannt ist, dass Eltern keinen Platz bekommen oder Öffnungszeiten reduziert werden. In der Stadt Tübingen betrifft das 60% der Einrichtungen. Die Kindertagespflege ist aber nicht auf Fachkräfte angewiesen, sondern arbeitet mit einem eigenen Qualifizierungsprogramm. Sie ist eine von vielen Eltern, insbesondere Eltern von Kindern unter drei Jahren, geschätzte Betreuungsform. Gerade Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen, die sogenannten TIGER-Projekte können dazu beitragen, Platzkapazitäten zu schaffen.

Bisher fördern im Landkreis Tübingen einzelne Städte TIGER-Projekte. Ziel dieses Antrags ist es, einen landkreisweiten Austausch anzuregen und Empfehlungen zur Förderung auszuarbeiten. Welchen Empfehlungen die einzelne Stadt oder Gemeinde nachkommt, soll der Entscheidung der Gemeinderäte überlassen bleiben. Dennoch versprechen wir uns von diesem Antrag neben der Ausweitung der Kapazitäten eine Angleichung der Verhältnisse im Landkreis.

Nachdem die CDU und die FDP Fraktionen Anträge mit einer ähnlichen Zielrichtung gestellt haben, dieses Thema aber das einzige Haushaltsthema zum Jugendhilfeausschuss gewesen wäre, wurde es aus den Haushaltsberatungen herausgenommen und in die erste Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2023 verwiesen. Wir freuen uns auf die Beratung und ein gemeinsames Vorgehen in dieser Sache.

**Was sonst noch zu sagen wäre:** Herr Hölsch hat ja darauf verwiesen, dass wir gehalten sind, für unsere Änderungsanträge Deckungsvorschläge zu machen. Ich hoffe, dass Sie mit mir einer Meinung sind, dass die wenigen Mehraufwendungen, die wir hier beschließen lassen wollen, angesichts des Haushaltsvolumens marginal sind. Sie belaufen sich auf Mehrausgaben von rund 60.000 Euro. Wir haben die Ergebnisse der November-Steuerschätzung verfolgt und waren sicher: Diesen Mehrausgaben stehen höhere Mehreinnahmen gegenüber. Fast hatten wir befürchtet, die Verwaltungsänderungen vor dem Haushaltsbeschluss nicht zu Gesicht zu bekommen. Aber jetzt sind sie da. Gegenüber dem Haushaltsentwurf ergeben sich durch die mit dem Land ausgehandelten Zuweisungen für Geflüchtete und die Erhöhung der Kopfbeträge eine Entlastung von über 500.000 Euro. Die Deckung, lieber Herr Hölsch, ergibt sich also aus einer Verringerung dieser Entlastungssumme. Jetzt waren nicht alle Fraktionen so zurückhaltend wie wir, aber ich bin zuversichtlich, dass am Ende der Abstimmungen eine Entlastung bleibt, die zur Senkung der Kreisumlage führt. Und dass damit unser Haushalt wieder breit getragen verabschiedet wird.

Die SPD dankt der Verwaltung für die gute Vorarbeit und Kooperationsbereitschaft bei der Sortierung und Beratung unserer Anträge. Den Fraktionen danke ich für die gute Zusammenarbeit im Vorfeld der Antragstellung. Uns allen wünsche ich heute eine gute Beratung.

Uta Schwarz-Österreicher, 13.12. 2022